

Zur kulturpolitischen Lage. Stellungnahme des Vorstands des Verbandes Deutscher Kunsthistoriker

Als bald scheidender Vorstand des Verbandes Deutscher Kunsthistoriker sind wir sehr froh, daß auf den Aufruf von Sibylle Ehringhaus und Roland Kanz hin so viele Verbandsmitglieder über ihre Erfahrungen und Sorgen mit dem Status unserer Disziplin geschrieben haben. Die vorstehenden Texte sind zwar vor allem dazu gedacht, die Debatte in der Sektion »Studium, Beruf, Gesellschaft« auf dem kommenden Kunsthistorikertag vom 16.-20. März in Bonn vorzustrukturieren, sie sind aber u. E. darüber hinaus eine auch längerfristig wertvolle Sammlung von Stellungnahmen zur Lage der Kunstgeschichte in unserer Gesellschaft. Gemessen an den heute verfügbaren, leidlich gesicherten Stellen gibt es derzeit ein Überangebot an ausgebildeten Kunsthistorikerinnen und Kunsthistorikern, die keine ihrem Leistungspotential angemessene Stelle finden. Das Überangebot wird wachsen; in Zukunft werden sich Habilitierte, Promovierte, Magister, Master und Bachelors in den Vorzimmern der Arbeitsämter wiederfinden. Zugleich wird, zumindest im öffentlichen Dienst, das Leistungspotential der festangestellten wissenschaftlichen Mitarbeiter kaum mehr nachgefragt: Forschung und Vermittlung, wenn sie überhaupt noch stattfinden, werden »outsourced«, d. h. an Auftragnehmer außer Haus vergeben. Das könnte immerhin die Freiberufler erfreuen, denn so kommen sie zu ihren Aufträgen und Werkverträgen, wären da nicht die miserable Bezahlung, die dadurch hervorgerufene mangelnde soziale Absicherung und die gleichfalls mangelnde Achtung vor dem Ethos, mit dem sie zu Werke gehen.

Haben wir allesamt übersehen, daß wir ein Produkt – kunsthistorische Kompetenzen im Umgang mit Bildern und Kulturgütern jedweder Art – anbieten, das angeblich nicht mehr gefragt ist? Wir glaubten uns sicher in unserem angestammten gesellschaftlichen Auftrag, das über die Jahrhunderte in unseren Kulturstaaten angesammelte Kunst- und Kulturgut zu bewahren, erforschen und vermitteln. Diejenigen Errungenschaften der bürgerlichen Gesellschaft, die zur Konstruktion der bürgerlichen Nationalstaaten so kostbar waren – die kreative Aneignung der Kulturprodukte der Vergangenheit in Museen und Sammlungen sowie die Förderung der Kunst und der Schutz der Baudenkmale –, werden von der politischen Klasse derzeit nicht gebraucht. Herrschaftslegitimation durch Kultur- und Kunstförderung ist ein veraltetes Modell. Politiker von heute brauchen keine Legitimation – sie sind gewählt. Und in der allgemeinen Finanznot wird schließlich jede Kultur- und Kunsteinrichtung gegen jede praktische Vernunft nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten umgestülpt. Es sieht so aus, als wollten die politischen Administrationen auf kaltem Wege den gesellschaftlichen Auftrag der Kultur- und Kunstgutbewahrung zurückziehen. Dazu sind sie nicht autorisiert! Kein politisches Mandat ermächtigt sie; sie handeln kurzsichtig und volkswirtschaftlich betrachtet, ineffizient, denn sie verschwenden kulturelle und menschliche Ressourcen.

Der Vorstand des
Verbandes Deutscher Kunsthistoriker e. V.